Das gebrochene Versprechen des Sozialstaates – Gedanken zu Partizipation und Integration

Jochen Butt-Pośnik, Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie bei JUGEND für Europa

Ich habe mit etwa 14 Jahren begonnen, mich für alle möglichen positiven Dinge in meiner Umgebung zu engagieren: gegen Nazis, für die Umwelt, für eine bessere Ausstattung meiner Schule, für Freiräume für Jugendinitiativen... Das Schema war immer recht ähnlich: irgendetwas (der zugezogene bekannte Nazi, die giftigen Reinigungsmittel in meiner Schule...) in meinem Umfeld sprach mich an; ich fand Motivierte und Gleichgesinnte und wir fanden einen Spielraum vor, in dem wir handeln konnten. Wobei Spielraum ein durchaus doppeldeutiger Begriff ist...

Später habe ich für andere Jugendliche europäische Projekte organisiert, in denen Partizipationserfahrungen ermöglicht wurden, oft auch für Jugendliche, die nicht wie ich früher eine eigene Motivation hatten, sich zu beteiligen. Wir haben Gemeinschaftserlebnisse gestaltet, Bindung zugelassen und grenzüberschreitende Mobilität als extra Leckerli in unsere Projektkonzeptionen eingebunden.

Bei JUGEND für Europa bin ich jetzt für die Unterstützung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa zuständig. Konkret heißt das, dass ich das Bundesfamilienministerium dabei unterstütze, mit anderen Ländern zusammen Projekte gegenseitigen Lernens zu bestimmten jugendpolitischen Themen durchzuführen. Von 2012 – 2014 habe ich in dem Zuge ein Multilaterales Kooperationsprojekt zum Thema Jugendbeteiligung koordiniert. Aus diesen drei verschiedenen Hintergründen trage ich Ihnen gern ein paar Grundzüge funktionierender Jugendbeteiligung zusammen:

- 1.) Es gibt einen Freiraum, der gestaltbar ist bzw. erscheint
- 2.) Es stehen angemessene Formen und Methoden der Beteiligung zur Verfügung; diese ziehen sich auch als Qualitätsmerkmale durch die Institutionen
- 3.) Es gibt eine Verbindung zu individuellen Partizipationserfahrungen z.B. in der Familie, in der Schule, die aufgegriffen werden können
- 4.) Es gibt eine Partizipationskultur, d.h. Beteiligung ist erwünscht und wird nicht als Einmischung o.ä. diffamiert.

Was finden wir davon in der Regel vor, wenn wir den öffentlichen Raum, die "Res Publica" betreten? Und vor allem, welche Erfahrungen machen die Gruppen, die wir hier unter dem Oberbegriff "benachteiligte junge Menschen" bzw. "vulnerable groups" fassen? Wer ist das eigentlich?

Machen immer weniger mit: die "Abgehängten"

Für Deutschland möchte ich mich an eine Analyse anlehnen, die mittlerweile von vielen Politikwissenschaftlern¹ geteilt wird: nach dieser Analyse besteht Anlass zur Sorge, dass der Demokratie die Demokraten abhandenkommen und die gesellschaftliche Integration durch Teilhabe immer weniger funktioniert. Dies ist in Deutschland besonders für drei Zielgruppen zu beobachten:

- 1. "größere Teile der Zuwanderer nichtdeutscher Herkunft und ihrer Nachfahren, die zum größten Teil im Westen der Republik leben,
- 2. beträchtliche Teile der ostdeutschen Bevölkerung und
- 3. die sogenannte neue soziale Unterschicht ("Prekariat") in Ost und West".

Die Problematik politisch nicht oder nicht mehr erreichter Bevölkerungsgruppen existiert in hier in Österreich in ähnlicher Form. Warum sind diese Menschen "abgehängt" – und wie wirkt sich das auf ihre Beteiligung an Gesellschaft aus? Das ist für diese drei Großgruppen höchst unterschiedlich:

¹ Vgl. Walter 2008; Vester 2006, 2009; Neugebauer 2009; zitiert nach Frech/Juchler "Bürger auf Abwegen?", S.17

- 1. Viele Zuwanderer und ihre Nachfahren haben Ausgrenzungserfahrungen gesammelt, die es als nicht wahrscheinlich erscheinen lassen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren. Wenn dazu strukturelle Benachteiligungen in Schule, Ausbildung und Alltagsleben kommen (z.B. für die große Gruppe der türkischen Zuwanderer und ihrer Nachkommen, die zum Teil in der 3. Generation nicht wahlberechtigt sind), ist der Weg zur Beteiligung lang und steinig.
- 2. Wenn wir die Reaktionen von großen Bevölkerungsgruppen in Sachsen und anderen östlichen Bundesländern auf den Zuzug von Flüchtlingen in ihre Umgebung betrachten, zeigt sich hier eine Haltung, die davon geprägt ist, dass eingefordert wird, dass "man sich erst mal um die Deutschen kümmern solle". Empathie für die Gründe der Flucht, Einfühlung in die Situation von Flüchtlingen und die Übernahme einer moralischen Verantwortung für diese konkreten Menschen sind seltener anzutreffen als im Westen. Das Gefühl des "abgehängt seins" wendet sich hier oft gegen andere "Schwache" in der Gesellschaft, bildet den Nährboden für Rassismus und Nationalismus und wähnt sich prinzipiell im Recht. Das "Deutsch-sein" wird als Naturrecht aufgeladen, der Staat müsse daher weit mehr als er es im Osten bereits tut, dafür sorgen dass … "mehr für Deutsche getan wird" (die Ziele der Wutbürger/innen sind da meist eher unkonkret). Mein Eindruck ist, dass sich dieser Typus des "Zukurzgekommenen" auch in der Wählerschaft der FPÖ massiv findet.
- 3. Diejenigen, die aufgrund ihrer finanziellen und sozialen Möglichkeiten (in Deutschland sind das vor allem viele, die auf Hartz4 angewiesen sind), nicht mehr sehen, das sie noch aktiver und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind (und das meint eben vor allem Beteiligung durch Arbeit, Konsum und Status) haben zu einem großen Teil ebenfalls damit abgeschlossen, dass es sich lohnt, sich in der Gesellschaft politisch zu beteiligen.

In der ersten und der dritten Gruppe finden wir vermutlich viele junge Menschen, die das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION und allgemein die Jugendarbeit als Zielgruppe hat. Da Demokratie von jeder Generation wieder neu gelernt werden muss, lohnt es sich aus Sicht jeder demokratischen Gesellschaft sich durch Pädagogik und politische Bildung um diese Zielgruppen zu kümmern. Auch wenn das schwierig ist. Und es Widersprüche gibt, die Ihr Engagement und Ihren guten Willen als Pädagogen oder politische Bildnerinnen auf eine harte Probe stellen.

Demokratie 2016 = Post-Demokratie

Kennen Sie TINA? Tina ist die Abkürzung für "There is no alternative!". Wenn Sie an die Bearbeitung der Finanzkrise 2008, die europaweit als Heilmittel für die Schuldnerstaaten proklamierte Austeritätspolitik, der Umgang mit der griechischen Syriza-Regierung etc. denken … es gab hier eine hochpolitische Auseinandersetzung, über Solidarität, über Ungleichheit zwischen den Staaten der EU, über den Zweck der Europäischen Union – nur wurde diese politische Debatte nie geführt. Der ehemalige griechische Finanzminister Varoufakis fand für sein Anliegen, politisch über die Rahmenbedingungen und Ziele der Schuldenkrise zu sprechen, bei seinen europäischen Kollegen keine Gesprächspartner. Wenn man aber über die Ziele nicht mitbestimmen darf, wenn es keine politische Auseinandersetzung gibt, darüber in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen, wofür wir unsere gemeinsamen Mittel ausgeben wollen, bleibt Beteiligung ein lahmer Aufruf zum Mitmachen um jeden Preis. Collin Crouch hat dafür den Begriff "Post-Demokratie" entwickelt:

"Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser

politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten." ²

Als Folge dieser starken Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft in ihrer neoliberalen Spielart und der Aufgabe originär sozialdemokratischer Positionen durch die meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa hat sich etwas vollzogen, was Chantal Moffe beschrieb als Versuch "die zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates zu zerstören und das gesamte soziale Leben zu privatisieren und den Regeln des Marktes zu unterwerfen"³. Die Reduzierung des Wohlfahrtsstaates trifft die Bevölkerung aber unterschiedlich. Die Mittelschicht oder alle, die sich dafür halten, haben noch einigermaßen begründete Hoffnung, dass es ihnen wegen ihrer höheren finanziellen Möglichkeiten gelingen wird, die gesellschaftlichen Risiken privat abzufedern. Diese Hoffnung haben die Abgehängten berechtigterweise nicht. Sie werden die Härten des neoliberal ausgedünnten Sozialstaates direkt treffen. Das führt aber nicht zu verstärktem politischen Engagement: "Menschen mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose sind hierzulande politisch weniger interessiert und engagiert als andere. Dieser Zusammenhang hat sich seit den 90er Jahren tendenziell verstärkt. Im europäischen Vergleich sind in Deutschland die Unterschiede in der politischen Beteiligung der verschiedenen sozialen Gruppen relativ stark ausgeprägt"⁴.

Integration ≠ gesellschaftliche Teilhabe

Das Versprechen des Sozialstaates, auch Angehörigen finanzschwacher Familien bei genügender Anstrengung und Anpassung einen gesellschaftlichen Aufstieg oder wenigstens ein auskömmliches Leben zu ermöglichen, wird nicht mehr eingelöst: Millionen von Arbeitnehmer/innen in gering bezahlten Beschäftigungen, die abgehängten Arbeitslosen und Hartz4-Empfänger/innen... sie alle wissen, dass da jetzt nichts mehr kommt. Kein Aufstieg, keine Verbesserung ihrer Lebenssituation und Aussicht auf Altersarmut⁵. Ihre Anpassung und ihre Integrationsleistung (und das gilt im zunehmenden Maße auch für bildungsferne Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund) lohnt sich nicht mehr. Das "Abhängen" bestimmter Bevölkerungsschichten ist dabei ja kein Betriebsunfall, sondern durch Bildungspolitik, Einwanderungssteuerung (bzw. dessen Gegenteil, also Asylpolitik, Integrationspolitik etc.) und Wirtschaftspolitik wissentlich in Kauf genommen. Wenn z.B. im Zeitraum von 1992 bis 2012 die Reallöhne um 1,6 Prozent gesunken sind⁶, während sich im gleichen Zeitraum die Vermögen privater Haushalte mehr als verdoppelten und die Gewinne der Unternehmen massiv gestiegen sind, so ist diese Entwicklung Ergebnis politischer Entscheidungen (z.B. der Verzicht auf eine Vermögensteuer oder Anhebung der Erbschaftssteuer) und nicht Folge unbeeinflussbarer Faktoren ("Konjunktur", Globalisierung u.a.).

"Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ungleichheit in Deutschland und vielen anderen relativ reichen Ländern im vergangenen Vierteljahrhundert zugenommen hat. Sie stellt ein Problem dar, weil sie eine ungleiche Verteilung von Freiheit und politischen Einflusschancen mit sich bringt, zu makroökonomischer Instabilität beiträgt und Teilhabechancen untergräbt. Somit ist die Ungleichheit gleich mit drei Krisen verwoben, die nicht getrennt voneinander betrachtet werden können: eine Krise der Demokratie, der

² Crouch, Collin "Postdemokratie, 2008, S. 10

Moffe, Chantal: "Postdemokratie" und die zunehmende Entpolitisierung – Essay, unter http://www.bpb.de/apuz/33565/postdemokratie-und-die-zunehmende-entpolitisierung-essay?p=all

⁴ http://www.diw.de/de/diw 01.c.429604.de/themen nachrichten/arm arbeitslos und unpolitisch.html

⁵ Siehe hierzu auch das Gespräch zwischen Richard David Precht und Prof. Heinz Bude "Unsere ungerechte Gesellschaft" vom 3.April 2016 auf https://www.youtube.com/watch?v=kKgFgOcQTLs

⁶ Zahlen aus: http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61766/lohnentwicklung

sozialen Teilhabe und der ökonomischen Stabilität – eine Melange mit Sprengkraft, wie am wachsenden Erfolg demokratie- und menschenverachtender Ideologien deutlich wird"⁷.

Social Inclusion in Erasmus+ JUGEND IN AKTION – Verhältnisse statt Verhalten kritisieren

Was heißt diese politische Analyse für die konkrete Arbeit, z.B. in Erasmus+ JiA-Projekten rund um die Themen Partizipation benachteiligter Zielgruppen oder Social Inclusion? Der Widerspruch zwischen Makropolitik (siehe oben) und Mikropolitik (also z.B. einem gelungenen Projekt mit sog "abgehängten Zielgruppen") ist nicht auflösbar. Der Aufruf zur Partizipation, zum Mitmachen um jeden Preis, blendet u.U. aus, dass kein politischer Spielraum eröffnet wird, um über die soziale Ungleichheit zu verhandeln, unter der die Zielgruppe leidet. In der Einladung zum Bundeskongress Soziale Arbeit 2015 hieß es:

"Im Zeichen der neoliberalen Restrukturierung gesellschaftlicher Konfliktverhältnisse hat sich in der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit ein tiefgreifender und folgenreicher Wandel in den handlungsleitenden Orientierungen vollzogen: Eine Politik der Verhältnisse, die primär gesellschaftsstrukturelle Bedingungen von sozialer Ungleichheit und Ausschließung (Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Armut etc.) problematisiert, wird von einer Politik des Verhaltens verdrängt. Letztere richtet den Fokus in erster Linie auf die 'Diagnose' und 'Behandlung' von individuellen Verhaltensdispositionen, Persönlichkeitsmerkmalen, Wertorientierungen, subjektiven Einstellungen und Fähigkeiten (der Arbeitslosen, der Wohnungslosen, der Armen etc.). Möglichkeiten der Teilhabe werden damit zunehmend versperrt."

Neben dem praktischen Abarbeiten an Hindernissen beim Zurechtkommen in Gesellschaft, Bildung und Arbeit müsste in der Jugendsozialarbeit, in Mobilitätsprojekten mit sozial benachteiligten Jugendlichen u. ä. also ein guter Teil politische Aufklärungsarbeit treten: Es müsste Teil der pädagogischen Begleitung werden, mit der Zielgruppe in angemessener Weise die individuelle Situation ins Politische zu "übersetzen". Das ist auch wichtig, sofern Youth Work insgesamt eine Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Zivilgesellschaft spielen will: "Wenn Menschen sich auf ökonomischer Ebene den Marktgesetzen hilflos ausgeliefert fühlen, setzen sie auf die kulturelle Ebene. Das heißt, sie identifizieren sich mit kleineren Einheiten (Nationen oder Kulturen), von denen sie sich Schutz gegen eine Globalisierung versprechen, die sie als Bedrohung von außen wahrnehmen"⁹. Der Angriff der Rechtspopulisten, Nationalisten und Ausländerhasser, aber auch religiöser Fanatiker auf das europäische Projekt und auf die offene Gesellschaft lässt sich nur abwehren, wenn auch den Modernisierungsverlierern "political literacy" vermittelt wird. Das ist keine neue Erkenntnis und riecht vielleicht ein bisschen nach den Siebziger Jahren... Im Konkreten kann das heißen, der Zielgruppe im Projektverlauf Gelegenheit zu geben, politische Bildung und Empowerment zu erleben/zu erlernen/sich anzueignen. Das könnte Auswirkungen auf Förderstrategien und Ansprüche an die Standards der Qualität von Beteiligung und politischer Bildung in Projekten im Themenbereich Social Inclusion haben. Und auf die Haltung und Vermittlungskompetenz von Trainer/innen, Jugendarbeiter/innen etc.

Und vermutlich werden wir alle nicht drum herum kommen, als Organisationen und Individuen in diesem Bereich weitaus stärker politisch gegen soziale Ungleichheit und ihre Folgen einzutreten als bisher.

Jochen Butt-Pośnik, April 2016

⁷ Julian Bank, Till van Treeck " "Unten" betrifft alle: Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität", in: http://www.bpb.de/apuz/201654/ungleichheit-als-gefahr-fuer-demokratie-teilhabe-und-stabilitaet?p=all

⁸ http://bundeskongress-soziale-arbeit-2015.de/

⁹ Joseph Grimm Feinberg: "Reaktionäre unter sich", Le Monde Diplomatique vom 12.4.2016 auf http://www.taz.de/Aus-Le-Monde-diplomatique/!5295431/